

18.02.2025

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.2)

Herr Senator Kerstan trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2025/338, betreffend

Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom
28. Oktober 2020 "Hochwasserschutz für Hamburg" (Drs. 22/1515),

vor.

Der Senat fasst folgenden Beschluss:

Der Senat wird gebeten,

1. Die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft wird beschlossen.
2. Die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft wird beauftragt,
 - a. das vorgelegte Grobkonzept zum Umgang mit den Sekundärdeichen zu einem Konzept, weiterzuentwickeln und dem Senat vorzulegen;
 - b. den Entwurf einer Novelle der Deichordnung vorzulegen, mit der insbesondere der grundsätzliche Vorrang von Erdbauwerken gegenüber konstruktiven Elementen beim Bau von Hochwasserschutzanlagen und spezifische Regelungen für die Entwicklung der Sekundärdeiche im Sinne der Ausführungen im vierten Abschnitt des Bürgerschaftsteils dieser Drucksache aufgenommen werden;
 - c. in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen, dem Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer und der

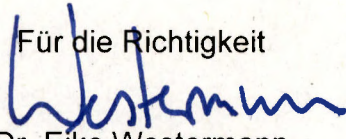
- Hamburg Port Authority ein Konzept für ein strukturiertes Grunderwerbsprogramm für den Hochwasserschutz im Sinne der Ausführungen in dieser Drucksache zu erarbeiten und dem Senat vorzulegen;
- d. eine Neufassung des Hamburgischen Wassergesetzes (HWaG) vorzulegen, welche das Vorkaufsrecht für den Hochwasserschutz auf Flächen ausweitet, die zur langfristigen Flächenvorsorge für den Hochwasserschutz (auch über den geltenden Bemessungswasserstand hinaus) benötigt werden;
 - e. ein Bauprogramm Schöpfwerke zu erarbeiten und dem Senat vorzulegen.
3. Die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft und die Hamburg Port Authority werden beauftragt,
- a. das Konzept der Klimadeiche ab sofort überall dort umzusetzen, wo dies möglich ist, ohne dass der Ausbau der öffentlichen Hochwasserschutzanlagen wesentlich verzögert wird;
 - b. das Vorsorgemaß von 1,0 m bei der Bevorratung zukünftiger naturschutzrechtlicher Ausgleichsflächen zu berücksichtigen;
 - c. das Konzept zum Schutz der Insel Neuwerk vor Sturmfluten innerhalb der kommenden fünf Jahre zu überprüfen und ggf. anzupassen.
4. Die Finanzbehörde, der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen sowie die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft und die Hamburg Port Authority werden beauftragt, das auf Bund/Länderebene vereinbarte Vorsorgemaß von einem Meter als maßgeblich für die Ermittlung der zukünftig für den Hochwasserschutz benötigten Flächen bei der Anwendung der Regelungen über Vorkaufsrechte gemäß § 55b Satz 1 Nummer 2 HWaG zugrunde zu legen.

18.02.2025

Seite 3 (I.2)

5. Die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen wird beauftragt, die Flächenfreihaltung für den Hochwasserschutz im Sinne der Anlage zur Verordnung über die Raumordnung im Bund für einen länderübergreifenden Hochwasserschutz vom 19. August 2021, Festlegungsteil, III. Schutz vor Meeresüberflutung im Zuge der Weiterentwicklung des Flächennutzungsplanes sicherzustellen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit

Dr. Eike Westermann

Berichterstattung:
Senator Kerstan
Staatsrat Sprandel

TOP I.2
3

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2025/00338
vom: 04.02.2025

**Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 28. Oktober 2020
„Hochwasserschutz für Hamburg“ (Drs. 22/1515)**

A. Zielsetzung

Die zu erwartende Klimaänderung macht eine Intensivierung der Bemühungen der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) für den Hochwasserschutz erforderlich. Gleichzeitig soll mit der Drucksache das Bürgerschaftliche Ersuchen „Hochwasserschutz für Hamburg“ Drs. 22/1515 vom 28. Oktober 2020 beantwortet werden.

B. Lösung

Mitteilung an die Bürgerschaft zur Beantwortung des Bürgerschaftlichen Ersuchens mit der Darstellung der aktuellen wissenschaftlichen Studien und der für die Behörde für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft (BUKEA) relevanten Erkenntnisse zum Meeresspiegelanstieg und zu Extremwetterereignissen. Inhaltliche Schwerpunkte sind prognostizierte Folgen für Hamburg infolge des Meeresspiegelanstiegs, der Stand der Umsetzung des Bauprogramms Hochwasserschutz, konzeptuelle Überlegungen zum künftigen Umgang mit den Sekundärdeichen sowie bisherige und geplante Beteiligungsformate und Kommunikationsformen zur Einbeziehung und Information der Bevölkerung.

C. Auswirkung auf den Haushalt

Keine.

D. Auswirkung auf die Vermögenslage

Keine.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Vollzugsaufwand

Entfällt.

G. Auswirkungen auf:

- ☐ Familienpolitik
- ☒ Klimaschutz

Der Hochwasserschutz stellt in Bezug auf die Anpassung an den steigenden Meeresspiegel eine Klimaanpassungsmaßnahme dar.

- ☐ Inklusion
- ☐ Gleichstellung

H. Notifizierung nach EU-Recht

Keine.

I. Vorwegüberweisung

Keine.

J. Alternativen

Im Rahmen der Zielsetzung keine.

K. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft